



Rahmenvereinbarung

zwischen dem Land Hessen,
vertreten durch das
Hessische Ministerium für Soziales und Integration,
Sonnenberger Str. 2/2a, 65193 Wiesbaden,

und dem
Hessischen Landkreistag,
vertreten durch den Präsidenten
Herrn Landrat Bernd Woide,

und dem
Hessischen Städtetag,
vertreten durch den Präsidenten
Herrn Oberbürgermeister Christian Geselle,

**zur Umsetzung des Aktionsprogramms
„Aufholen für Kinder und Jugendliche nach Corona“:
Kommunale Budgets
für Jugend- und Schulsozialarbeit
sowie für Kinder- und Jugendfreizeiten, Jugendarbeit und Kinder-
und Jugendhilfe**

Folgendes wird vereinbart:

Präambel

Im Rahmen des „Aktionsprogramms Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ der Bundesregierung und auf Grundlage der zwischen dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie den Ländern geschlossenen Vereinbarung stehen in Hessen Mittel für die Unterstützung und Förderung von Kindern und Jugendlichen durch Maßnahmen der Jugendsozialarbeit und zusätzlicher sozialer Arbeit an Schulen sowie zur Stärkung von Kinder- und Jugendfreizeiten, außerschulischer Jugendarbeit und Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe zur Verfügung. Auf diese Weise soll erreicht werden, Kinder und Jugendliche bei der Bewältigung der durch die Corona-Pandemie und die erheblichen Einschränkungen im Lebensalltag entstandenen Belastungen zu unterstützen und mögliche negative Auswirkungen auf die soziale wie kognitive Kompetenzentwicklung zu verhindern.



1. Gegenstand der Förderung

Gefördert werden können:

1. aus den kommunalen Budgets für Jugend- und Schulsozialarbeit Maßnahmen der Jugendarbeit und zusätzliche soziale Arbeit an Schulen (§§ 13, 13a SGB VIII) in den Schuljahren 2021/2022 und 2022/2023.
2. aus den kommunalen Budgets für Kinder- und Jugendfreizeiten, Jugendarbeit und Kinder- und Jugendhilfe Maßnahmen zur Stärkung der genannten Leistungsbereiche innerhalb des Vereinbarungszeitraums.

Es stehen

1. im kommunalen Budget für Jugend- und Schulsozialarbeit im Jahr 2021 Mittel in Höhe von 1.540.542 Euro, im Jahr 2022 Mittel in Höhe von 3.697.300 Euro und im Jahr 2023 Mittel in Höhe von 2.156.758 Euro,
2. im kommunalen Budget für Kinder- und Jugendfreizeiten, Jugendarbeit und Kinder- und Jugendhilfe im Jahr 2021 Mittel in Höhe von 827.970 Euro, im Jahr 2022 Mittel in Höhe von 1.987.125 Euro und im Jahr 2023 Mittel in Höhe von 1.159.155 Euro

zur Verfügung. Die Mittel werden an die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe (Jugendämter der Landkreise, kreisfreien Städte und Sonderstatusstädte) nach Anzahl der 6-21-Jährigen (1.) bzw. der 0-21-Jährigen (2.) verteilt (s. Übersicht in der Anlage; zugrunde gelegt wird die Bevölkerungsstatistik vom 31.12.2020). Auszahlungen erfolgen zum 1.9.2021, 1.3. und 1.9.2022 (jeweils ½ des für das Jahr vorgesehenen Betrags) sowie zum 1.3.2023. In den Jahren 2021 und 2022 nicht verausgabte Mittel können auf das jeweilige Folgejahr übertragen werden. Am Ende des Vereinbarungszeitraums nicht verausgabte Mittel sind an das Land zurückzuerstatten; diese werden durch das Land für Zwecke der Kinder- und Jugendhilfe eingesetzt.

Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe koordinieren in den genannten Budgets den Mitteleinsatz vor Ort, identifizieren im Zusammenwirken mit den im Arbeitsfeld tätigen freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe den zusätzlichen Bedarf und entscheiden im Rahmen ihrer Gesamt- und Planungsverantwortung über die zu fördernden Maßnahmen.

Durchführende Träger der Maßnahmen können

- die Jugendämter der Landkreise, kreisfreien Städte und Sonderstatusstädte,
- die kreisangehörigen Kommunen,
- anerkannte Träger der freien Jugendhilfe

sein.



Es können die entstehenden Sach- und Personalkosten für die Durchführung der Maßnahmen im vollem Umfang finanziert werden. Verwaltungsaufwände der durchführenden Träger können in Höhe von bis zu 10 Prozent der Kosten der jeweiligen Maßnahme im Rahmen der Förderung angerechnet werden. Die Zuwendung darf nicht mehr als die tatsächlich dem Träger entstandenen Kosten betragen. Für die geförderten Maßnahmen dürfen keine anderen Landesmittel verwendet werden. Für den vorzeitigen Maßnahmenbeginn gilt der Stichtag 1.7.2021. Bei der Umsetzung sind alle zum Maßnahmenzeitpunkt geltenden Regelungen zum Infektionsschutz zu beachten.

2. Verwendungsnachweis

Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe (Jugendämter der Landkreise, kreisfreien Städte und Sonderstatusstädte) berichten jeweils zum 1.2.2022 und 2023 über die Kommunalen Spitzenverbände an das Hessische Ministerium für Soziales und Integration über die Verwendung der Mittel. Der Bericht (Formular) enthält

1. im kommunalen Budget für Jugend- und Schulsozialarbeit die Bezeichnung der Maßnahmen, Angaben zu den geförderten Trägern der Maßnahmen und zur Höhe der geförderten Sach- und Personalkosten,
2. im kommunalen Budget für Kinder- und Jugendfreizeiten, Jugendarbeit und Kinder- und Jugendhilfe die Bezeichnung der Maßnahmen, Angaben zu den geförderten Trägern der Maßnahmen, zur Höhe der geförderten Sach- und Personalkosten und zur Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Eine abschließende Meldung erfolgt zum 31.8.2023. Das Hessische Ministerium für Soziales und Integration berichtet auf dieser Grundlage jeweils bis zum 31.3.2022 und 2023 sowie zum 30.9.2023 an die Bundesregierung über die Mittelverwendung.

Das für Jugendhilfe zuständige Ministerium und der Hessische Rechnungshof sind berechtigt, bei den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe sowie den geförderten freien Trägern die Mittelverwendung sowie die für die Mittelverwendung relevanten Unterlagen auch durch örtliche Erhebungen zu prüfen.

3. Laufzeit und Kündigung

Die Wirksamkeit dieser Vereinbarung beginnt mit deren Unterzeichnung zum 1. August 2021 und endet zum 31. August 2023.

Bei Verstößen gegen Bestimmungen dieser Vereinbarung haben die unterzeichnenden Parteien das Recht, die Vereinbarung mit sofortiger Wirkung zu kündigen. Das weitere Recht zur außerordentlichen Kündigung bleibt unberührt.



4. Sonstige Bestimmungen

Für Änderungen und Ergänzungen sowie Nebenabreden zu dieser Vereinbarung ist die Schriftform erforderlich. Auf dieses Formerfordernis kann nur schriftlich verzichtet werden.

Sollten Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dadurch nicht berührt, sofern der Zweck der Vereinbarung gleichwohl erreicht werden kann. Die Parteien verpflichten sich für diesen Fall, die unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen durch solche zu ersetzen, die dem ursprünglich verfolgten Zweck möglichst nahekommen. Entsprechendes gilt, falls sich der Vertrag nachträglich als lückenhaft erweisen sollte.

Wiesbaden, den 23. Juli 2021

Kai Klose
Staatsminister
Hessisches Ministerium für
Soziales und Integration

Bernd Woide
Landrat
Präsident
Hessischer Landkreistag

Christian Geselle
Oberbürgermeister
Präsident
Hessischer Städtetag

**Verteilung der Mittel nach Bevölkerung im Alter von unter 21 Jahren
auf die Jugendamtsbezirke**

| Landkreise (Sonderstatusstädte herausgerechnet), kreisfreie Städte und Sonderstatusstädte | | | |
|--|---|------------------------------------|--|
| | Bevölkerung im Alter von unter 21 Jahren | Anteil an unter 21-Jährigen | zugewiesene Mittel: Ferienfreizeiten/Jugendarbeit |
| Darmstadt, Wissenschaftsstadt | 30.989 | 2,48 | 98.615,81 € |
| Frankfurt am Main, Stadt | 149.999 | 12,01 | 477.339,48 € |
| Offenbach am Main, Stadt | 28.328 | 2,27 | 90.147,75 € |
| Wiesbaden, Landeshauptstadt | 58.470 | 4,68 | 186.068,17 € |
| LK Bergstraße | 52.102 | 4,17 | 165.803,38 € |
| LK Darmstadt-Dieburg | 60.366 | 4,83 | 192.101,78 € |
| LK Groß-Gerau | 43.120 | 3,45 | 137.220,10 € |
| Hochtaunuskreis | 38.484 | 3,08 | 122.467,03 € |
| Main-Kinzig-Kreis | 62.476 | 5,00 | 198.816,40 € |
| Main-Taunus-Kreis | 50.499 | 4,04 | 160.702,18 € |
| Odenwaldkreis | 18.302 | 1,47 | 58.242,17 € |
| LK Offenbach | 73.378 | 5,88 | 233.509,67 € |
| Rheingau-Taunus-Kreis | 36.130 | 2,89 | 114.975,94 € |
| Wetteraukreis | 62.043 | 4,97 | 197.438,47 € |
| LK Gießen | 35.528 | 2,84 | 113.060,20 € |
| Lahn-Dill-Kreis | 39.156 | 3,14 | 124.605,53 € |
| LK Limburg-Weilburg | 34.050 | 2,73 | 108.356,78 € |
| LK Marburg-Biedenkopf | 34.257 | 2,74 | 109.015,52 € |
| Vogelsbergkreis | 18.971 | 1,52 | 60.371,12 € |
| Kassel, documenta-Stadt | 39.029 | 3,13 | 124.201,38 € |
| LK Fulda | 30.967 | 2,48 | 98.545,80 € |
| LK Hersfeld-Rotenburg | 22.924 | 1,84 | 72.950,69 € |
| LK Kassel | 44.210 | 3,54 | 140.688,79 € |
| Schwalm-Eder-Kreis | 33.550 | 2,69 | 106.765,64 € |
| LK Waldeck-Frankenberg | 30.152 | 2,41 | 95.952,24 € |
| Werra-Meißner-Kreis | 17.640 | 1,41 | 56.135,50 € |
| Bad Homburg vor der Höhe (Hochtaunuskreis) | 11.291 | 0,90 | 35.931,17 € |
| Fulda (LK Fulda) | 14.061 | 1,13 | 44.746,10 € |
| Hanau (Main-Kinzig-Kreis) | 21.337 | 1,71 | 67.900,40 € |
| Gießen (LK Gießen) | 17.128 | 1,37 | 54.506,17 € |
| Marburg (LK Marburg-Biedenkopf) | 14.382 | 1,15 | 45.767,61 € |
| Rüsselsheim am Main (LK Groß-Gerau) | 14.900 | 1,19 | 47.416,04 € |
| Wetzlar (Lahn-Dill-Kreis) | 10.648 | 0,85 | 33.884,96 € |
| Gesamtsumme | 1.248.867 | 100 | 3.974.250 |

**Verteilung der Mittel nach Bevölkerung im Alter von 6 bis unter 21 Jahren
auf die Jugendamtsbezirke**

| Landkreise (Sonderstatusstädte herausgerechnet), kreisfreie Städte und Sonderstatusstädte | | | |
|--|---|---|---|
| | Bevölkerung im Alter von 6 bis unter 21 Jahren | Anteil an 6- bis unter 21-Jährigen | zugewiesene Mittel: Jugend-/ Schulsozialarbeit |
| Darmstadt, Wissenschaftsstadt | 21.713 | 2,46 | 181.839,03 € |
| Frankfurt am Main, Stadt | 101.168 | 11,46 | 847.247,76 € |
| Offenbach am Main, Stadt | 19.361 | 2,19 | 162.141,82 € |
| Wiesbaden, Landeshauptstadt | 40.685 | 4,61 | 340.723,10 € |
| LK Bergstraße | 36.794 | 4,17 | 308.137,30 € |
| LK Darmstadt-Dieburg | 42.813 | 4,85 | 358.544,38 € |
| LK Groß-Gerau | 30.130 | 3,41 | 252.328,55 € |
| Hochtaunuskreis | 28.089 | 3,18 | 235.235,87 € |
| Main-Kinzig-Kreis | 44.542 | 5,04 | 373.024,17 € |
| Main-Taunus-Kreis | 36.113 | 4,09 | 302.434,15 € |
| Odenwaldkreis | 13.156 | 1,49 | 110.177,05 € |
| LK Offenbach | 51.451 | 5,83 | 430.884,71 € |
| Rheingau-Taunus-Kreis | 26.190 | 2,97 | 219.332,39 € |
| Wetteraukreis | 44.351 | 5,02 | 371.424,61 € |
| LK Gießen | 25.057 | 2,84 | 209.843,89 € |
| Lahn-Dill-Kreis | 28.039 | 3,18 | 234.817,13 € |
| LK Limburg-Weilburg | 24.658 | 2,79 | 206.502,40 € |
| LK Marburg-Biedenkopf | 24.936 | 2,82 | 208.830,56 € |
| Vogelsbergkreis | 13.732 | 1,56 | 115.000,85 € |
| Kassel, documenta-Stadt | 27.053 | 3,06 | 226.559,72 € |
| LK Fulda | 22.205 | 2,51 | 185.959,36 € |
| LK Hersfeld-Rotenburg | 16.376 | 1,85 | 137.143,46 € |
| LK Kassel | 31.525 | 3,57 | 264.011,20 € |
| Schwalm-Eder-Kreis | 24.283 | 2,75 | 203.361,91 € |
| LK Waldeck-Frankenberg | 21.840 | 2,47 | 182.902,61 € |
| Werra-Meißner-Kreis | 12.742 | 1,44 | 106.709,94 € |
| Bad Homburg vor der Höhe (Hochtaunuskreis) | 8.294 | 0,94 | 69.459,44 € |
| Fulda (LK Fulda) | 10.065 | 1,14 | 84.290,97 € |
| Hanau (Main-Kinzig-Kreis) | 14.890 | 1,69 | 124.698,71 € |
| Gießen (LK Gießen) | 12.064 | 1,37 | 101.031,92 € |
| Marburg (LK Marburg-Biedenkopf) | 10.744 | 1,22 | 89.977,36 € |
| Rüsselsheim am Main (LK Groß-Gerau) | 10.346 | 1,17 | 86.644,25 € |
| Wetzlar (Lahn-Dill-Kreis) | 7.568 | 0,86 | 63.379,44 € |
| Gesamtsumme | 882.973 | 100 | 7.394.600 |